

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten René Springer, Leif-Erik Holm, Steffen Kotré,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1863 –

**Deutsche Arbeitnehmerinteressen bei Energieembargo berücksichtigen –
Massenentlassungen in Schwedt verhindern**

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion wäre die Erdöl-Raffinerie in Schwedt im Nordosten Brandenburgs von einem Embargo von russischem Erdöl unmittelbar betroffen. Die Existenz der Raffinerie und der 1.200 Arbeitsplätze direkt bei der Raffinerie und der 2.000 Arbeitsplätze im Umfeld seien akut gefährdet.

B. Lösung

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, den Industrie- und Energiestandort Schwedt und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten. Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Folgen eines Energieembargos für die Raffinerie Schwedt und die dortigen Arbeitsplätze sollen umfassend und transparent ermittelt und die Erkenntnisse dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1863 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Bernd Rützel
Vorsitzender

Jens Teutrine
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Jens Teutrine

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/1863** ist in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Mai 2022 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion fordert, Öl-Raffinerie und Arbeitsplätze in Schwedt zu sichern. Die Folgen eines Erdölembargos seien transparent zu machen. In der Antragsbegründung wird ausgeführt, dass es bei einem Öl-embargo mutmaßlich zu einem Preisschock für Benzin, Diesel und Heizöl in Deutschland komme. Dies betreffe gerade Ostdeutschland und Berlin, da deren Tankstellen im Wesentlichen aus Schwedt beliefert würden.

Die Folgen einer Produktionseinstellung für die strukturschwache Region wären nach Auffassung der antragstellenden Fraktion gravierend. Es dürfe in Schwedt keine Massenentlassungen geben. Eine Alternative zum besonders schwefelhaltigen russischen Öl sei zudem mit vielen Fragezeichen verbunden. Ein Ersatz aus anderen Quellen, etwa über die Häfen Rostock und Danzig, wäre auf jeden Fall mit Qualitätseinbußen sowie technologischen Aufwendungen verbunden, kurz- und mittelfristig nur mit einem Ersatz von etwa 60 Prozent machbar und deutlich teurer.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Wirtschaftsausschuss** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag auf Drucksache 20/1863 in ihren Sitzungen am 14. Dezember 2022 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/1863 in seiner Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 2022 den Antrag auf Drucksache 20/1863 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/1863 in seiner 34. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass die Raffinerie in Schwedt eine sehr bedeutsame Anlage nicht nur für die Region in der Uckermark sei, sondern für ganz Ostdeutschland. 1.200 Arbeitsplätze sicherten den Lebensunterhalt für viele Familien in der Region. Das Ölembargo gegen Russland ab 1. Januar 2023 werde natürlich Auswirkungen nach sich ziehen. Die Bundesregierung hat daher gehandelt und tut dies weiter, um den Folgen zu begegnen. So sei vorgesehen, in den nächsten 15 Jahren 825 Millionen Euro in die Region zu investieren. Außerdem sei erreicht worden, im kommenden Jahr betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Zudem sei für Ersatzlieferungen mit einer Pipeline von Rostock gesorgt. Mit Polen werde derzeit verhandelt. Wichtig sei, dem Standort

eine langfristige Perspektive, beispielsweise durch grünen Wasserstoff zu eröffnen und künftig nicht mehr auf Erdöl angewiesen zu sein. Den Antrag lehne die Fraktion der SPD ab. In diesem sei nichts enthalten, was im Gegensatz zu den Maßnahmen der Bundesregierung darauf hinweise, dass sich die AfD um die Menschen, statt nur um sich selbst kümmere.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass in dem vorliegenden Antrag mit keinem Wort die Ursache der Sorgen der Menschen um ihre Arbeitsplätze am Standort Schwedt erwähnt werde. Dies sei der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Zudem habe die Fraktion der CDU/CSU einen eigenen Antrag mit zehn klaren Forderungen eingebracht, denn einig sei man sich, dass die Menschen in Schwedt eine Perspektive mit Planungssicherheit bräuchten. Dazu zählten die Gewährleistung der Beschäftigungs- und Gehaltssicherheit, konkrete Absicherungen im Haushalt des BMAS über den Transformationsfonds oder durch Sonderprogramme sowie die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass es keines „Schaufensterantrages“ bedürfe, da sich die Beteiligten seit Monaten auf die Auswirkungen des Ölembargos vorbereitet hätten. So werde es eine strategische Ölbevorratung und neue Lieferwege geben. Zur Sicherung der Beschäftigung habe die Bundesregierung ein Zukunftspaket vorgelegt, mit dem der Bund den Beschäftigten der PCK-Raffinerie eine Beschäftigungsgarantie über zwei Jahre gebe, um in diesem Zeitraum Umbaupläne zu konkretisieren und den Standort Schwedt abzusichern. Zudem werde die Bundesregierung für das Jahr 2023 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der PCK-Raffinerie, deren Arbeitszeit sich im Zusammenhang mit dem Ölembargo verringere, mit einem Zuschuss zum Kurzarbeitergeld unterstützen. Der Bund werde hier auf die Gesellschaft zugehen, um eine Aufstockung auf bis zu 100 Prozent des Nettolohns zu erreichen. Gespräche mit Polen und mit Stellen in Kasachstan zu alternativen Lieferwegen würden zurzeit ebenfalls geführt.

Die **Fraktion der FDP** wies auf weitere Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung hin. Neben der Einigung mit Polen zur Lieferung von Erdöl über den Hafen Danzig werde die Pipeline von Rostock ebenfalls ihren Beitrag leisten. Zudem gebe es auch Gespräche zur Versorgung mit Erdöl über die Druschba-Pipeline aus Kasachstan. Es sei nicht so, dass es zu den von den Vertretern der Ampelkoalition erläuterten Maßnahmen keine öffentlichen Informationen gebe, wie im Antrag bemängelt werde. Wenn man sie wolle, könne man diese Informationen, beispielsweise über Pressekonferenzen der Bundesregierung, auch bekommen. Auch enthalte der Antrag keine konkreten eigenen Forderungen, die zur Versorgungssicherheit beitrügen. Deshalb lehne die Fraktion der FDP den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** erläuterte, dass es Risiken gebe, sollte kein russisches Erdöl durch die Druschba-Pipeline fließen, über die die Bundesregierung bisher nicht aufgeklärt habe. So sei ungeklärt, welche Auswirkungen dies auf die Beschäftigten am Standort Schwedt und den Wirtschaftsstandort, insbesondere Ostdeutschland, haben werde. Auch sei nicht dargelegt, welche Folgen für die Versorgungssicherheit und die Preisentwicklung zu erwarten seien. Dies wiederum habe wieder Rückwirkungen auf die Beschäftigung in Ostdeutschland und auf die Wettbewerbsfähigkeit. Man wolle die Arbeitsplätze in Schwedt und den Energiestandort erhalten. Die Bundesregierung solle den Deutschen Bundestag unterrichten, mit welchen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Folgen sie infolge des Energieembargos rechne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkte an, dass man selbstverständlich die Entwicklung am Standort Schwedt aufgrund des Importstopps von russischem Pipeline-Öl mit Sorge betrachte. Der vorliegende Antrag enthalte jedoch keine einzige konkrete Forderung, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Die Fraktion DIE LINKE. habe selbst einen Antrag im Wirtschaftsausschuss mit sieben konkreten Forderungen eingebracht. In dem vorliegenden Antrag der Fraktion der AfD gehe es laut Titel nur um deutsche Arbeitnehmerinteressen. Aber die Interessen von Beschäftigten ausländischer Nationalität in Schwedt müssten natürlich auch vertreten werden. Aus den genannten Gründen lehne die Fraktion DIE LINKE. den Antrag ab.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Jens Teutrine
Berichterstatter

